

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Horst Peter MdB stellt am Beispiel Heinrich Geißlers fest, daß die geistig-moralische Erneuerung auf der Strecke bleibt: Der Generalpropagandameister.  
Seite 1

Horst Jaunich MdB kritisiert das zweifelhafte Verfahren mit Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung durch die Kreiswehersatzämter.  
Seite 4

Rolf Linkohr MdEP fordert politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie für Lateinamerika und Europa: Den Worten Taten folgen lassen.  
Seite 5

### Dokumentation

Johannes Rau auf dem 7. ordentlichen Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen: Was soll denn die Sozialdemokraten auf Trab bringen?  
Seite 6

38. Jahrgang / 120

28. Juni 1993

### Der Generalpropagandameister

-----  
Die geistig-moralische Erneuerung bleibt auf der Strecke

Von Horst Peter MdB

Wir sind von den Generalsekretären aus Ost und West, Vergangenheit und Gegenwart einiges gewohnt. Zu den einfacheren Berufsanforderungen im Metier der Generalsekretäre und Lügenminister gehört, daß sie eine pathologische Definition ihres jeweiligen Gegners parat haben müssen. Aus dem Handgelenk heraus können sie ihren Gegnern geistige Verwirrung, geistige und kultruelle Entartung und sonstige Geisteskrankheiten und Perversitäten attestieren, sehen sie am besten aufgehoben in Irrenanstalten, Lagern und Fußballstadien. Da soll man bei gutem Wetter auch sehr nobel leben können.

Die Krone im diesjährigen Durchgang um den Titel des Generalpropagandameisters gebührt uneingeschränkt Dr. Heiner Geißler. Seine Behauptung, der Pazifismus der 30er Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht, muß an ihm selbst, seiner politischen Stellung, seinen Zitaten, der historischen Wahrheit und ihrer politischen Funktion gemessen werden.

Für den Herbst steht die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik an. Große Teile der Bevölkerung lehnen die Stationierung ab, so der Tenor einer noch geheimen Studie. Auch Franz Josef Strauß hat schon frühzeitig den Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses als Quatsch abgetan und konsequent die "psychologische Vorbereitung" der Bevölkerung auf die Stationierung gefordert. Für die Umsetzung solcher Forderungen haben die Unionsparteien in ihren Generalsekretären willfährige und erfahrene semantische Heckenschützen. Biedenkopf hat ihnen eingepaukt, daß es auf die Besetzung der Begriffe ankommt.

Die Behauptung des Dr. Geißler ist ein Element in der psychologischen Vorbereitung der Bevölkerung auf die Stationierung, dient der Diffamierung und Spaltung der Friedensbewegung, soll die stationierungsunwillige Bevölkerung auf die Stationierung einschwören. Dr. Geißler mobilisiert die Schuldgefühle des "hilflosen Antifaschismus", möglich wird dies wegen der Nichtbewältigung der faschistischen Vergangen-



heit in Deutschland: Wer damals nicht dem Faschismus widerstand, kann heute seine demokratische Einstellung beweisen, indem er dem Kommunismus widersteht. Das ist das bekannte Strickmuster der Totalitarismustheorie, die inzwischen von allen seriösen Wissenschaftlern als Schmarren abgetan und nur noch von einigen Konfidenten des Konservatismus inbrünstig geglaubt wird. In dieser "Theorie" zählt zum Repertoire, daß das Opfer auch Schuldiger ist. Für die Vertreter dieser "Theorie" im politischen Raum traf die Feststellung Alex Müllers zu, "Diejenigen, die diese beiden Weltkriege und die darauffolgenden Inflationen zu verantworten haben, stehen Ihnen geistig näher als der SPD".

#### Dr. Geißler und das 8. Gebot

Indolent überzieht Dr. Geißler seit Jahren seine politischen Gegner mit seinem skrupellosen und perfiden Schmonzes. Dr. Geißler ist kein Überregter, der im Gemenge entgleist. Dr. Geißler handhabt virtuos und methodisch ein Instrument aus dem Arsenal der Konservativen, die bewußte Lüge (Bismarcks Begründung der Sozialistengesetze, Reichstagsbrand, Adenauersche Wahlkampfmaschinen). Derjenige, der dieses Instrument einsetzt hofft, daß was hängenbleibt, rechnet damit, daß bis eine Lüge widerlegt ist, sie längst ihren Zweck erfüllt hat. Auf die Wirkung kommt es diesen Politikern an, nicht auf die Wahrhaftigkeit.

Zu Dr. Geißlers Entschuldigung könnte vermutet werden, er sei einfach dumm oder unwissend. Aber kann dieses im Ernst von einem deutschen Doktor behauptet werden, kann dies von Dr. Geißler behauptet werden, dem es gelungen ist, Generalsekretär der CDU zu werden und zu bleiben, von dem Generalsekretär einer Partei, die ständig zur Bewahrung des Geschichtsbewußtseins aufruft?

Wenn auch viele Analytiker das "C" in der Politik der Unionsparteien vermissen oder suchen, so unternimmt Dr. Geißler den Versuch des Beweises, Herrschaftstechnik als christliche Politik unterschiebend. So sind ihm einige Spitzfindigkeiten im Umgang mit der Wahrheit erlaubt, solange er nichts Falsches sagt. Dr. Geißler wird für sich persönlich solange in Anspruch nehmen, nichts Falsches, sondern nur eine Teil-Wahrheit gesagt zu haben. Aber er hat "Falsches" gesagt und somit gelogen. Das ist die Wahrhaftigkeit der geistig-moralischen Erneuerung.

Dr. Geißler hat mit seinen Ausführungen im Deutschen Bundestag einige gedankliche Meisterleistungen offenbart, für die wir ihm dankbar sein müssen. Er hat uns bestätigt, daß es nicht Aufgabe des deutschen Bürgertums gewesen ist, nicht mit Hitler zu paktieren. Nur die Westmächte hatten die Pflicht, den Faschismus zu verhindern. In dieser Projektion der militärischen Niederwerfung des Faschismus von außen, die 1945 tatsächlich erfolgte, nach hinten, in das Jahr 1933 steckt das Eingeständnis der Schuld und der Verstrickung für und in die Machteinsetzung des Faschismus 1933. Dr. Geißler läßt außerdem das Au-



schwitz-System erst 1939 beginnen. Er entschuldigt damit das Tun der Faschisten zwischen 1933 und 1939. Bevor die Faschisten vom Ausland an der Installierung des Auschwitz-Systems gehindert werden konnten, mußten sie sich doch erst in die Lage bringen, gehindert werden zu können. Wo steckte nun im innenpolitischen Raum des Deutschen Reiches der Pazifismus in den gesellschaftlichen und politischen Gruppen, die die Machteinsetzung des Faschismus sponserten und Auschwitz möglich machten. Im Zentrum und der bürgerlichen "Mitte" und Rechten, die dem Ermächtigungsgesetz zustimmten? In der katholischen Kirche, die mit Hitler ein Konkordat abschloß und dem Auschwitz-System internationale Reputation verschaffte? Bei den Großagrariern, Industriellen und Banken, die Hitler finanzierten und mit ihm in einem Kabinett saßen? (auch ein Vertreter des Stahlhelms bekanntlich. Diese Organisation wird heuer von einem CDU-Bürgermeister in Celle wieder hoffähig gemacht).

Bei der Reichswehr, den Beamten und Richtern? Hielten die sich einen Ossietzky als Prügelprinzen, damit sie diesen als Pazifisten verfolgen, diffamieren und einsperren konnten, um als Krypto-Pazifist nicht erkannt zu werden?

Daß hat Dr. Geißler natürlich alles nicht gemeint. Sein Vorwurf erstreckt sich nur auf den Pazifismus in den westeuropäischen Demokratien. Aber war die Regierung des knochenharten britischen Konservativen Chamberlain, waren die Regierungen Frankreichs vor und nach der Volksfrontzeit pazifistische Regierungen? Trieben diese Regierungen nicht eine Politik, die das faschistische Deutsche Reich als reputierlichen Partner im Reigen des Imperialismus anerkannte, die darauf abzielte, dem deutschen Faschismus die territoriale Sättigung in der ihm zugestandenen Sphäre zu ermöglichen und seine Energien nach Osten zu lenken?

Diese Regierungen trieben eine kalkulierte Machtpolitik. Ihr Fehler war nur, daß sie sich verkalkulierten. Herr Hitler war irrationaler in seiner Politik, als es sich die, die sich mit ihm einließen, dachten und vorstellen konnten.

Im Januar bewies Dr. Geißler sein Können mit einem Brecht-Zitat: "Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher." Herr Dr. Geißler hat die Wahl. (-/28.6.1983/ks/ca)

+ + +



**Kurzer Ersatzdienst - Privileg für Clevere**  
-----

**Zweifelhaftes Verfahren mit Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung  
durch die Kreiswehrrersatzämter**

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß  
für Jugend, Familie und Gesundheit

Wer bis zum 30. Juni 1983 einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellt, muß 16, wer ihn später stellt 20 Monate Ersatzdienst leisten. So sieht es das neue Kriegsdienstverweigerungsgesetz vor. Die Bestimmung des neuen Gesetzes, die festlegt, daß ein Antrag erst sechs Monate vor Vollendung des 18. Lebensjahrs zulässig ist, tritt erst am 1. Januar 1984 in Kraft. Vorher gilt noch das alte Recht. Und das kennt keine Altersgrenze nach unten für das Stellen eines Antrages auf Kriegsdienstverweigerung.

Diese Gesetzespanne - eine von zahlreichen Schlampereien des in wenigen Tagen von der Mehrheit im Bundestag durchgepeitschten Gesetzes - haben sich zahlreiche Jugendliche und sogar Eltern von Säuglingen zu Nutze gemacht und schnell noch vor dem 1. Juli 1983 einen Antrag gestellt.

Die Kreiswehrrersatzämter sind nun am 31. Mai dieses Jahres vom Bundesminister der Verteidigung angewiesen worden, Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer von Personen, die noch nicht siebzehneinhalb Jahre alt sind unter Hinweis auf die Rechtswirksamkeit der Antragstellung vor Vollendung des 18. Lebensjahres zurückzusenden.

Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Parlamentsanfrage hervorgeht, sind Anträge von Personen, die innerhalb von sechs Monaten nach der Antragstellung wehrpflichtig werden, ebenfalls noch nicht rechtswirksam. Von einer Zurücksendung der Anträge werde jedoch, wie dort weiter mitgeteilt wird, "aus Gründen der Entbürokratisierung" abgesehen. Eine Begründung, bei der der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Mit der Gesetzeslage hat sie jedenfalls nichts gemein.

Politisch unerträglich ist es dabei, daß das Verteidigungsministerium die Anträge bei der erstgenannten Personengruppe schlicht zurückschickt und sie nicht - wie sonst bei unzulässigen Anträgen üblich - mit förmlichem Bescheid und Rechtshelfsbelehrung ablehnt. Durch das Zurückschicken der Anträge ohne jede Rechtsbehelfsbelehrung beziehungsweise durch völliges Schweigen bei den unter Siebzehneinhalbjährigen hofft man offensichtlich, daß viele Antragsteller wegen mangelnder Rechtskunde nicht auf den Gedanken kommen, hiergegen den Rechtsweg zu beschreiten oder daß sie zumindest später Schwierigkeiten bekommen, wenn sie nachweisen wollen, daß sie ihren Antrag vor dem 1. Juli 1983 gestellt haben.

Die Folgen sind offensichtlich: Die gebildeten und rechtskundigen Antragsteller sind clever genug, nicht auf diese am Rande der Legalität operierenden Tricks des Bundesverteidigungsministeriums hereinzufallen. Auf der Strecke bleiben dagegen wieder einmal die weniger gebildeten und weniger rechtskundigen Antragsteller. Was schon für die Beibehaltung der Gewissensprüfung galt, gilt jetzt auch abgewandelt für die Praxis des Verteidigungsministeriums: Kriegsdienstverweigerung und kurzer Ersatzdienst sind ein Privileg für Abiturienten und Clevere.  
(-/28.6.1983/ks/oa)

+ + +



**Den Worten Taten folgen lassen**  
-----

**Für politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie Lateinamerikas und Europas**

Von Rolf Linkohr MdEP

Den Willen zu mehr Zusammenarbeit und Verständnis haben jetzt die Teilnehmer an der 6. Interparlamentarischen Konferenz Europäische Gemeinschaft/Lateinamerika bekräftigt. Die Parlamentarier aus je zehn Ländern Lateinamerikas und Europas waren sich einig, daß der Stagnation, ja dem Mißtrauen in den Beziehungen zwischen beiden Seiten nun eine Periode der engeren Kooperation folgen sollte. Europa möge nicht nur nach Afrika blicken, sondern auch nach Lateinamerika. Dies war der einhellige Wunsch aller Anwesenden.

Damit nicht nur - wie auf früheren Konferenzen geschehen - Papier für die Aktensammlung produziert wird, sondern damit den Worten auch Taten folgen, wurde folgendes vereinbart:

- Mit Unterstützung der EG-Kommission soll ein Lateinamerikanisch/Europäisches Institut ins Leben gerufen werden, das die schon bestehenden Institute und Stiftungen ergänzen soll. Besondere Beachtung soll gemeinsamen Gesprächen und Seminaren geschenkt werden. Die Information soll nach beiden Seiten hin verbessert werden.
- Das Stipendienprogramm des Europäischen Parlaments soll auch auf Lateinamerika ausgedehnt werden.
- Bis zur nächsten Interparlamentarischen Konferenz soll eine gemeinsame Umweltkonferenz konkrete Vorschläge zur Erhaltung der natürlichen Umwelt erarbeiten, die dann in die handels- und industriepolitischen Entscheidungen der Gemeinschaft einfließen sollen.
- Eine europäisch-lateinamerikanische Expertengruppe soll Vorschläge für die Zusammenarbeit in den Bereichen Bergbau, Metallindustrie und Energie ausarbeiten. So ist zum Beispiel daran gedacht, möglichst viel Rohstoffe in Lateinamerika aufarbeiten und veredeln zu lassen, da in einer Reihe von Regionen preisgünstige elektrische - in der Regel aus Wasserkraft gewonnene - Energie zur Verfügung steht.
- Um die Kontinuität zwischen dieser und der nächsten Konferenz zu wahren, wird ein aus wenigen Personen bestehender Kontaktausschuß eingesetzt.

Mit diesen - bewußt konkret formulierten Schritten - soll gewährleistet werden, daß den Erklärungen guten Willens auch Taten folgen.

Im politischen Teil der Erklärung wurde festgehalten, daß beide Seiten nach wirtschaftlicher, politischer und kultureller Autonomie streben. Lateinamerika ist nicht der Ort, wo die USA und die UdSSR ihre Stellvertreterkriege ausfechten sollen. Der ganze Subkontinent soll aus dem Ost-West-Konflikt herausgehalten werden.

Um seine Autonomie zu verteidigen, benötigt Lateinamerika aber auch Hilfe bei der Stärkung der Demokratie, beim Aufbau sozialer Rechtsstaaten und bei der Bekämpfung politischer Gewalt. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß die EG allein 1982 technische und humanitäre Hilfe in Höhe von circa 400 Millionen DM geleistet hat, eine Summe, die sich in vier Jahren verdreifacht hat. Davon hat Nicaragua allein circa 50 Millionen DM erhalten.

Nach dem Konflikt um die Inseln im Südatlantik - Falklandinseln oder Malvinen, wie man will - ist ein neuer Anstoß zu Kooperation nötig geworden. Vielleicht kann die wiederbelebte Kooperation auch helfen, Konflikte jeglicher Art mit friedlichen Mitteln zu lösen.  
(-/28.6.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf dem 7. ordentlichen Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen hat Ihr Landesvorsitzender, NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, unter anderem Folgendes ausgeführt:

Was soll denn die Sozialdemokraten auf Trab bringen?

Nach dem 6. März hat sich vieles schmerzhaft verändert. Wir beschimpfen keine Wähler, sondern wir fragen uns, woher das Wahlergebnis wohl herrühren könnte. Aber wir sagen gleichzeitig - und das sagen wir im Blick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr und im Blick auf die Landtagswahl in zwei Jahren - und da nehme ich nun das Wort von Heiner Geißler einmal umgekehrt auf, es darf nicht zum totalen CDU-Staat kommen, das tut unserem Volk nicht gut.

Der Bundespräsident, vor dessen Arbeit ich, einer der ihn nicht gewählt hat, hohen Respekt bekunde, der Bundespräsident kommt aus der CDU. Der Bundestagspräsident kommt aus der CDU, der Präsident des Verfassungsgerichts kommt aus der CDU, der Bundeskanzler ist der Vorsitzende der CDU. Sieben von elf Ländern, sechs von acht Flächenstaaten sind in Händen von CDU und CSU. Freunde, wenn uns das nicht wach macht, wenn uns das nicht auf Trab bringt, was soll denn die Sozialdemokraten auf Trab bringen?

Aber da gibt's doch im eigenen Bereich auch einiges zu erörtern. Ich will das tun. Denn Parteitage der SPD dürfen nichts verschleiern und nichts verkleiden. Wir müssen so miteinander umgehen, daß wir das schwierige Aussprechen und die Lösungen miteinander suchen. Viele von uns sind in diesen Tagen bestürzt über die Tatsache, daß aus der Regierung, die ich seit fast fünf Jahren führe, einer der Farbigsten und einer der Profilertesten ausgeschieden ist und dabei noch die Tür laut zugeschlagen hat. Ich meine Hans-Otto Bäumler. Wir kennen sein Temperament und Ihr kennt meins. Wir sind unterschiedlich. Wir haben es uns oft nicht leicht gemacht, und ich bin auch nicht Regierungschef geworden, um es leicht zu haben. Ich kann auch, für den Fall, daß Ihr mich heute wiederwählt, nicht sagen, ich mach's Euch allen leicht. Denn, die Partei hat jeden mit seinen Stärken und mit seinen Schwächen. Und ich bitte wahrlich nicht um irgend eine demonstrative Zahl, sondern um ehrliche Ergebnisse. Ich habe Stärken und Schwächen. Aber nur so wie ich bin, nur so kann die Partei mich haben und nur so kann das Land mich haben.

Wir müssen uns klar darüber sein: Nordrhein-Westfalen ist entgegen landläufigen Meinungen kein klassisches SPD-Land. In der Weimarer Zeit hatte im Ruhrgebiet das Zentrum die Mehrheit, wir lagen oft bei 15 bis 20 Prozent, während es anderswo 60 waren. Wir hatten erst 1962 mehr als 40 Prozent bei der Landtagswahl und erst 1965 mehr als 40 Prozent bei der Bundestagswahl. Wir hatten 1966 zum ersten Mal mehr Stimmen als die CDU. Wenn ich das sage, dann sage ich das, damit wir wissen, Hochburgen kann auch verspielen, man darf ihrer nicht zu sicher sein. In München waren 1972 noch 55 Prozent und 1978 waren es noch 34 Prozent. Und jetzt geht's da aufwärts und jetzt wünschen wir Georg Kronawitter Glück. Aber wir wissen gleichzeitig, wir dürfen es uns nicht leicht machen, wir müssen uns ganz einsetzen. Für unser ganzes Land, für das Revier wie für den bergischen Bereich, für die Eifel wie für Ostwestfalen und Lippe und das Münsterland. Das geht nur, wenn Parteitage wieder Orte der Ermutigung werden.

Das hat es früher mal gegeben, daß nach Parteitag die demoskopischen Zahlen hochgingen und nicht herunter. Ob wir das miteinander schaffen und ob wir das Zweite schaffen, deutlich zumachen, der Ernstfall der Parteilarbeit ist nicht der Ortsverein und nicht die Arbeitsgemeinschaft, sondern ist die Situation, in der der Sozialdemokrat in den Vereinen und Verbänden, in den Gewerkschaften und Kirchen, im vorpolitischen Raum für sozialdemokratische Ziele eintritt. Darauf kommt es an.

Manche Kommentatoren tun so, als sei unser Ja zum Kohle-Vorrang, als sei unser Ja zum Stahl Sentimentalität oder Nostalgie. Davon kann doch keine Rede sein. Wir treten doch nicht für die Kohle ein, weil wir gern Bergmannskapellen hören, sondern wir treten für



die Kohle ein, weil wir wissen, wenn es diese sichere heimische Energiequelle nicht mehr gibt, dann steigt das Maß unserer Erpreßbarkeit durch andere Energien. Und deshalb leisten wir einen nationalen Beitrag.

Kohle muß umweltverträglich gemacht werden in Benutzung und Veredelung. Das ist eine Aufgabe, die darf man nicht kleinschreiben. Aber Kohle darf man nicht aufgeben in einem Land, dessen Abhängigkeit von anderen Energien wir zweimal erlebt haben und in einer Welt, in der man gar nicht weiß, wann welcher Krisenherd wo erneut auftritt. Und so sagen wir zum Stahl, wir wissen, daß die Zeit der hohen Stahlproduktion nicht zurückkommt. Wir wissen, daß die, die da tätig sind, und die die Produkte weiterverarbeiten, vor schwierigen Zeiten stehen. Wir können nichts versprechen, was über unsere Kraft hinausgeht, aber unsere Solidarität, die wird nicht nur in Worten bestehen und deshalb legen wir Wert darauf, daß ein industriepolitisch und ein regionalpolitisch vernünftiges Stahlkonzept zustande kommt. Und deshalb sage ich auch in Duisburg, daß wir nur ein Stahlkonzept mittragen können, in dem auch Dortmund und Bochum und Hagen und Siegen stattfinden.

Wir fragen die Bundesregierung und die, die uns Zögern und Zaudern vorwerfen: Wie lange wollen Sie sich noch hinter Moderatoren verstecken? Wann kommen einmal die Pläne auf den Tisch? Wann erfahren wir einmal, was die Bundesregierung wirklich will, und welche Standort- und welche Arbeitsplatzsicherung die im Sinn haben, die in dieser Republik für Wirtschaftspolitik zuständig sind. Unser Land hat seine Probleme und wir als Nordrhein-Westfalen und als Sozialdemokraten versuchen die Antworten auf diese Probleme zu geben. Wir tun das oft glanzlos, manchmal vielleicht zu glanzlos. Aber die Aufgabe ist auch schwer, das Land einzustellen auf den Anpassungsprozeß mit seinen ökonomischen, seinen finanziellen und sozialen Auswirkungen, diesen Anpassungsprozeß so abzufedern, daß die Leitlinie der solidarischen Gesellschaft gehalten wird und erkennbar bleibt, daß das Erreichte sozial und strukturell sinnvoll konsolidiert wird und daß mit den verbleibenden Möglichkeiten zukunftsweisende Anstöße für unser Land gegeben werden.

+

Wenn nun einige fragen: Ja, wo ist denn eure Leistungsbilanz, dann will ich ein paar Stichworte dafür nennen. Kennt Ihr die arbeitsplatzorientierten neuen Förderprogramme, den Handlungsrahmen mit Fernwärme, das Stahlstandortprogramm, die umfangreichen Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das neue Städtebaukonzept, den Grundstücksfonds für Bodenmodernisierung im Ruhrgebiet, die konsequente Landschaftspolitik durch Landschaftspläne? Wir sind das erste Land, das einen Landschaftsplan in der Bundesrepublik in einem Kreis hat verabschieden können. Wir sind führend in der Umsetzung des Bundesabwasserabgabengesetzes, der Natur- und Pflanzenschutz ist durch nordrhein-westfälische Initiativen voran gekommen, wir haben eine aktive Verbraucherschutzpolitik betrieben. Wir haben eine konsequente Luftreinhalte-Politik, wir haben Immissionsschutzförderungen und Rahmenabkommen, wir haben staatliche Standards zur Entlastung der Kommunen und der freien Träger abgebaut. Wir haben unsere Probleme in einer Zeit in der weniger Geld da ist, aber nachdem ab 1. August 1982 das neue Gesamtschulgesetz verabschiedet worden ist, sind 14 neue Gesamtschulen errichtet worden. Das waren unsere bildungspolitischen Akzente. Wir haben als Landesregierung der Fraktion zugesagt, daß wir das Geleistete praktisch verwendbar aufarbeiten und bis hin in jede Gemeinde nachvollziehbare Bilanz als Mandatsträger zur Verfügung stellen wollen. Leistungen sind der rückwärts gerichtete Teil der Politik. Aber die Grundlinien der solidarischen Gesellschaft gelten auch für die kommenden Jahre.

+

Wir haben in vielen Veranstaltungen darüber gesprochen. Aber ich will noch einmal sagen, wir können über die Wünschbarkeit von Wachstum Stunden und Stunden reden. Wenn diese Gesellschaft nicht begreift, daß qualifiziertes, daß ausgewähltes Wachstum, daß menschlich entschiedenes Wachstum das Thema sein muß, dann wächst alles, aber eben nicht nur der Wohlstand, sondern auch das, was wir an schrecklicher Ausbeutung unserer Welt erleben. Man kann das ja sehr einfach sagen. Soll wirklich die Produktion von Medikamenten noch mehr wachsen? Oder brauchen wir bessere und weniger? Und brauchen wir eine andere Art zu Leben, damit nicht alles wachsen muß. Aber wenn ich das alles einmal weg-



lasse, dann bleibt doch die Frage und die muß man doch auch Herrn Esser und auch Herrn Rodenstock stellen, damit sie aus ihren Tabu-Gräben herauskommen, wenn sie uns immer wieder versichern, daß es keine Arbeitszeitverkürzung geben könne. Gibt es denn eine schlimmere, eine inhumanere, eine volkswirtschaftlich dümmere Arbeitszeitverkürzung, als die mit zweieinhalb Millionen Arbeitslosen, die auf Null gesetzt sind?

Das ist eine Sache der Tarifpartner. Da können wir nur anschieben und fördern, aber in einigen Bereichen können wir auch was tun. Deshalb bin ich Jürgen Girgensohn für seine Vorschläge dankbar, was die Lehrer angeht, und den übrigen Kabinettskollegen, die aufgrund einer Studie, die Friedhelm Farthmann vorgelegt hat, in Einzelaspekten rechtliche-beamtenrechtliche, im Bundesrat einzubringende Initiativen vorbereiten. Das ist das, was wir tun können, aber das ist längst nicht alles und das ist nicht das Entscheidende. Und deshalb sage ich, in diese Politik paßt auch die Entscheidung, im Jahre 1984 ein Gesetz zu verabschieden, damit ab 1985 in Nordrhein-Westfalen wie in anderen Bundesländern Bildungsurlaub möglich wird. Ich habe das versprochen und ich will das halten.

+

Wir diskutieren im Bündnis, und wir diskutieren nicht über das Bündnis. Unser Ja zum Westen ist klar und eindeutig. Wir sind keine Wanderer zwischen beiden Welten.

Aber Genossinnen und Genossen, mich überkommt betroffenes und erschrecktes Erstaunen, wenn ich feststelle, daß die Union jeden, auch jeden unbedachten Satz oder Halbsatz eines amerikanischen Generalstäblers und Sicherheitsberaters als innenpolitischen Schlagstock gegen die SPD verwendet und dann betreten schweigt, wenn die Amerikaner, die sich deutlich und ausführlich äußern, katholische Bischöfe sind.

Ist das eine besonders subtile Form von Antiamerikanismus bei der CDU, oder ist das eine besondere neue Christlichkeit der christlichen firmierten Partei? Oder ist das die schlichte Verstocktheit gerade derer, die uns im Bundestagswahlkampf 1980 im Interesse ihres eigenen Wahlerfolges einzelne Zitate aus einem Hirtenbrief mißbräuchlich um die Ohren geschlagen haben? Wir fragen danach, und wir fügen hinzu: Es wird in dieser Welt nicht nur genug gerüstet, sondern zuviel.

Es gibt viel an Kriegs-, an Militärforschung, und deshalb bin ich betroffen, daß die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die Gustav Heinemann ange-regt und gegründet hat, jetzt ganz still sterben soll. Und da sage ich: Wir werden dar-auf achten bis zum Herbst, ob die Sache, um die es da geht, erhalten bleibt. Denn es muß mehr geforscht werden über den Frieden und über die Konfliktbeherrschung als über neue militärische Potentiale. Und wenn die Sache nicht erhalten bleibt, dann wird Nordrhein-Westfalen aufrufen, ein Gustav Heinemann Institut für Friedens- und Konflikt-forschung in unserem Lande zu gründen.

+

Es wäre eine Auszeichnung für uns als Volkspartei, wenn wir in diesem Jahr daran erinnern, daß in Nicaragua Menschen sterben und daß in Chile Menschenrechte geknechtet werden. Und deshalb war Ernesto Cardenal unser Gast. Beide, Lew Kopelow aus der Sowjetunion, der jetzt bei uns lebt - und ich möchte, Sacharow könnte auch hier leben, nachdem, was ihm geschieht - und Ernesto Cardenal, das ist die Spannweite. Und da frage ich junge Menschen, ist das nicht eine Partei, zu der man hinzukommen muß? Denn wieviele Hoffnun-gen sind zerstört worden in den letzten Jahrzehnten, als Dubcek abgelöst und später als Allende ermordet wurde. Ich bin nicht für billige Gleichsetzung. Aber ich bin dafür, daß wir, gerade weil wir Bodenhaftung haben, uns den Blick in die Welt nicht verstellen lassen und daß wir da mittun, wo wir Menschen in Not und Elend, auch in innerer Not helfen können.

+





Wie sieht es aus mit dem neuen Bündnis, mit denen, die uns in der Kommunalpolitik manchmal helfen und manchmal drücken, die die Nachbarschaft neu entdeckt haben, den Stadtteil, die eine eigene Publikationskultur zustande gebracht haben, die oft in ihrer Wirkung über die Lokalausgaben der Zeitungen hinausgehen? Wie sieht das aus mit dem neuen Bündnis, mit denen, die man in anderen Sprachbereichen technische Intelligenz nennt. Ich denke doch auch darüber nach, über das, was viele von uns bewegt, darf man alles, was man kann? Ist alles verantwortbar, was machbar ist? Seht mal in die Fachzeitschriften, das sind doch nicht alles blasse, blutleere Technokraten, das sind doch Bündnispartner. Da müssen wir deutlich machen, wir sagen ein Ja zu neuen Technologien, aber wir wollen sie sozial-verträglich machen. Uns ist die Verkabelung der Bundesrepublik nicht so wichtig wie die Verrohung, weil Fernwärme besser ist als Fernsehen. Aber bleifreies Benzin ist doch ein Thema. Das hat doch was damit zu tun, wie wir Leben und Arbeit zusammenbringen. Warum reden wir nicht mit den Technikern darüber. Ich lade ein, mit Phantasie nach neuen Partnern zu suchen. Und dazu gibt's viele Gelegenheiten. Dazu aber muß eine Partei bodenständig sein und sie darf nicht bloß am Boden kleben bleiben.

Wer meint, mit der Harmonie der kleinen Richtigkeiten kämen wir schon zurecht, der mauert die Partei ein und der bekommt nicht den offenen Blick und nicht die freie Tür zum Bürger. Da ist an unserem Tun einiges zu ändern. Vielmehr gelten wir als Problemwähler und als Schwarzseher und als Bundesbedenkenträger. Das darf nicht unsere Rolle sein. Die Leute mögen es auch nicht, wenn sie in einer wirtschaftlich schwierigen Situation den Eindruck haben, die Ärzte stehen am Bett des Patienten und streiten darüber, ob er noch zu retten wäre, und weil sie so lang streiten, darum kommt es nicht zu einer Indikation. Deshalb müssen wir heraus aus dem Streit, brauchen wir neue Einigkeit, die die Vielfalt nicht zerstört, müssen wir Mut machen, statt mies zu machen. Und muß der Bürger wissen, wo Sozialdemokraten zusammen sind, da sind sie nicht mit sich selber beschäftigt, sondern da sind die dabei, meine Sorgen zu hören, mir Hilfe zu leisten, auch Hilfe durch Zurechtweisung und Zurückweisung. Aber das ist eine Partei, die ist nicht in sich selbst verliebt, sondern sie ist um der Menschen willen da. Das sollten wir zeigen. In Nordrhein-Westfalen, in den Städten und Gemeinden, im Bund, in der Nachbarschaft nicht bloß auf Kongressen, sondern so wie wir miteinander umgehen, dann entwickelt das Sog-Wirkung, dann kommen wieder Menschen und stellen uns ihre Fragen und dann werden wir innerlich frei zu neuen Antworten.

(-/28.6.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

